

International und speziell innerhalb der EU, die einen relativ einheitlichen Binnenmarkt darstellt, findet unter anderem bei den Gewinnsteuern ein massiver Wettbewerb nach unten statt. Früher gab es verstärkte Initiativen zur Harmonisierung der Gewinnbesteuerung. Nunmehr sind die Vorhaben auf europäischer Ebene bescheiden und im Sinne neoliberaler Ideologie wird dieser „Wettbewerb“ unter den Staaten positiv betrachtet.

Im Zuge dieses Wettbewerbes sind die nominellen Gewinnsteuersätze stark gesenkt worden. Insbesondere die Beitrittsländer und Irland haben besonders niedrige Sätze und unter den alten Mitgliedsstaaten hat Österreich seit 2005 mit 25 Prozent den zweitniedrigsten Satz.

Zentrales Argument für die Senkung der Steuersätze ist die Attraktivität für ausländische Betriebsansiedlungen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dieses Argument ist äußerst fragwürdig. Insbesondere weil für die Attraktivität ein Bündel von Standortfaktoren maßgeblich ist und die Gewinnsteuern darunter eher unbedeutend sind. Es mehren sich die Stimmen, die durch die fehlenden Steuereinnahmen mittelfristig eine Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen sehen.

Die Tatsache, dass die Einnahmen an Gewinnsteuern der meisten Industriestaaten nicht eingebrochen sind, wird oft als Beleg für positive Auswirkungen des Steuerwettbewerbes gesehen. Dabei wird übersehen, dass durch die seit einiger Zeit stattfindende Umverteilung von den Löhnen und Gehältern zu den Gewinnen – insbesondere der Großkonzerne – und andere Effekte die Einnahmen an Gewinnsteuern bedeutend höher sein müssten, als sie de facto sind. Um einer weiteren Umverteilung der Steuerlast von Kapital auf Arbeit entgegenzutreten, sind in einem einheitlichen Wirtschaftsraum verstärkte Anstrengungen zur Harmonisierung und Koordinierung der Gewinnbesteuerung vorzunehmen.